



PRESSEMITTEILUNG KLIMAVOLKSBEGEHREN

Vier Landeshauptleute für Neustart - Klima-Allianz fordert alle Landeshauptleute zu Klimaschutz auf

Bekanntnis zur Initiative ist der erste Schritt, jetzt können die Landeshauptleute die unterstützten Klimaschutz-Maßnahmen und die Energiewende umsetzen

Wien/Eisenstadt, 7. Juni 2023

Anlässlich der heutigen Landeshauptleute-Konferenz fordern die Initiatoren (GLOBAL 2000, das Klimavolksbegehren, WWF und Rudolf Anschöber) der Initiative „**Neustart für ein krisensicheres Österreich**“ alle Landeshauptleute auf, sich hinter ihre Forderungen nach Klimaschutz und Energiewende zu stellen. „Einige Landeshauptleute unterstützen unsere Forderungen bereits und haben erkannt, dass wir in allen Bundesländern, und damit ganz Österreich, endlich eine echte Energiewende brauchen. Für die Umsetzung müssen alle Parteien zusammenarbeiten und Bund und Länder an einem Strang ziehen. Fortschritt schaffen wir nur mit mutigen Menschen in der Politik!“, so die Klima-Allianz.

Vier Landeshauptleute für Neustart

Die Umweltschützer*innen stellen in der Neustart-Initiative sieben Forderungen an alle Landeshauptleute und die Bundesregierung. Im Vorfeld der Landeshauptleutekonferenz wurden die Landeshauptleute aller Bundesländer befragt, wie sie zu den Forderungen stehen. Dabei haben sich schon vier Landeshauptleute hinter die Forderungen gestellt: Johanna Mikl-Leitner, Michael Ludwig, Peter Kaiser und Hans-Peter Doskozil. „Wir fordern jetzt auch die Landeshauptleute von Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg auf, die Notwendigkeit eines Neustarts zu erkennen. Die Menschen in Österreich haben eine krisensichere Energieversorgung und echten Klimaschutz verdient“, fordert Christian Kdolsky, Sprecher des Klimavolksbegehrens.

Bundesländer müssen bei Neustart mitwirken

Viele essenzielle Bereiche für Energiewende und Klimaschutz liegen in der Verantwortung der Bundesländer. Der Ausbau von erneuerbarer Energie, die Einsparung von Energie durch Sanierungen, die Förderung einer echten Mobilitätswende und der Stopp von Bodenverbrauch. „Klimaschutz muss sich in politischen Vorhaben der Landesregierungen widerspiegeln. Es ist lobenswert, dass sich einige Landeshauptleute hinter unsere Forderungen gestellt haben - Jetzt muss es an die Umsetzung gehen“, fordert Karl Schellmann, Klimaschutzsprecher des WWF Österreich.

Energiewende braucht Bundesgesetze

Auch auf Bundesebene müssen endlich wichtige gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ausständig sind noch immer das Klimaschutzgesetz und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz. „Für den Weg in eine leistbare und saubere Energieversorgung brauchen wir nun endlich gesetzliche Rahmenbedingungen. Die Bundesländer mit den meisten Gasheizungen, also Wien und Niederösterreich, haben das bereits erkannt. Deshalb stehen Johanna Mikl-Leitner und Michael Ludwig auch hinter unserer Forderung nach einem ambitionierten Erneuerbaren-Wärme-Gesetz. ÖVP, Grüne und SPÖ müssen hier endlich konstruktiv zusammenarbeiten“, fordert Viktoria Auer, Klima- und Energiesprecherin von GLOBAL 2000.

“Gemeinsam können wir uns in Österreich ein Leben und eine Wirtschaft aufbauen, die für uns alle gesund, klimafreundlich und zukunftsfähig ist – die Menschen in Österreich sind für einen Neustart und eine schöne Zukunft für alle bereit!“, richtet sich die Klima-Allianz abschließend an Landeshauptleute und Bundesregierung.

Neustart für ein krisensicheres Österreich

[HIER GEHT'S ZU INITIATIVE](#)

Rückfragen & Kontakt:

Viktoria Auer, Klima- und Energiesprecherin GLOBAL 2000,
+43699 14 2000 82, viktoria.auer@global2000.at